

PETITION: ZUGANG ZU BILDUNG AUCH FÜR GEFLÜCHTET KINDER UND JUGENDLICHE

31. Januar 2019



Das Recht und die Pflicht zur Schule zu gehen, ist in Deutschland für alle Kinder und Jugendliche gesetzlich festgeschrieben und somit eine Alltäglichkeit. Geflüchtete Kinder und Jugendliche waren in den letzten Jahren davon grundsätzlich nicht ausgenommen. Viele Bundesländer – darunter auch der Freistaat Sachsen – gehen davon aus, dass die Schulpflicht für diese Heranwachsenden erst dann greift, wenn nach Ankunft und Einleitung des Asylverfahrens eine Zuweisung der Geflüchteten an die Kommunen erfolgt ist. Daher fanden diese Kinder und Jugendlichen zwar nicht umgehend, aber binnen einiger Wochen nach ihrer Ankunft Eingang in die Vorbereitungs-, Übergangs-, Integrations- oder Willkommensklassen der Regelschulen. Die schnelle Integration in bestehende Klassen vor Ort war ein erklärtes Ziel dieser Verfahrensweise.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche von Bildung ausgeschlossen

Seitdem die Aufnahme- bzw. AnKER-Zentren im Juni 2018 ihren Betrieb aufnahmen, scheinen das grundsätzliche Recht und die Pflicht zum Schulbesuch jedoch nicht mehr zu gelten. Insbesondere für Kinder und Jugendliche aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern spielt sich das Leben, so sie dort untergebracht sind, fast ausschließlich innerhalb der Mauern dieser Einrichtungen ab. Einen Zugang zur Regelschule oder in die Kindertageseinrichtung gibt es für die Dauer des Aufenthalts nicht. Die vor Ort angebotenen Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten reichen aktuell in keiner Weise an die Qualität der Regelangebote heran. Bedenkt man ferner, dass der Aufenthalt in besagten Einrichtungen bis zu 18 Monate dauern kann, wird deutlich, wie einschneidend sich dieser fehlende Zugang zu Bildung auf die Entwicklungschancen der Heranwachsenden auswirken

kann. Vor diesem Hintergrund klingen Forderungen nach einer maximalen Aufenthaltsdauer von bis zu 24 Monaten hinsichtlich der Bildungschancen wie ein Schlag ins Gesicht jedes einzelnen Kindes, das in diesen Einrichtungen aufwachsen muss.

Michael Richter, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Sachsen, sagt: „Frühkindliche und schulische Bildung sind Integrationsmotoren unserer Gesellschaft. Der Zugang zu Bildung muss für alle Kinder und Jugendlichen offen sein. Daher unterstützen wir die Petition *Kein Kind wird ausgeschlossen – Bildung für alle!*“

Unterstützen Sie jetzt die Petition [„Kein Kind wird ausgeschlossen - Bildung für Alle!“](#)